

# Die deutschvölkische Krise

## Die „Großdeutsche Zeitung“ stellt ihr Erscheinen ein

München, 22. Mai. Gestern hat die „Großdeutsche Zeitung“ ihren Lesern mitgeteilt, daß sie durch die Verhältnisse gezwungen sei, eine durchgreifende Neuordnung ihres gesamten Unternehmens vorzunehmen und aus diesem Grunde für einige Zeit nicht erscheinen zu können. Diese Mitteilung, die in politischen Kreisen nicht unbedeutendes Aufsehen erregt hatte, und allgemein überaus bedauernd aufgenommen wurde, hat das Unternehmen finanziellen Schwierigkeiten erlegen. Der Bayerische Kurier behauptet in diesem Zusammenhang, daß der Vorgang mit der augenblicklichen Krise innerhalb der völkischen Parteien, wo der Meinungsstreit eine größere Rolle spielt, als sie nach außen hin in Erscheinung tritt, zusammenhängt.

Bei der Notwendigkeit eines Staatspräsidenten sich vielleicht schon bei der Regierungsbildung zeigen werde. Kommt eine Regierung nicht zustande, so bleibt nur der Ausweg eines Geschäftsministeriums. Diese Lösung führe aber aus den besonderen bayerischen Schwierigkeiten auch nicht heraus, da ein Geschäftsministerium weder die bayerische Politik vor und nach dem 8. November reinigen noch die Staatsautorität wiederherstellen könne. Andererseits kann das Blatt die Hoffnung nicht teilen, daß die Zusammenfassung des Landtages ein erhebliches anderes und für die Regierungsbildung günstigeres Bild abgeben werde.

München, 22. Mai. Das Bestreben, den Zusammentritt des neugewählten bayerischen Landtages noch im letzten Drittel des Monats Mai zu ermöglichen, ist nicht von Erfolg begleitet gewesen. Infolgedessen ist mit dem Zusammentritt des neuen Landtages in den Tagen des Monats Juni zu rechnen.

### Der „bescheidene“ Kahr

Dr. v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

## Um die Regierungsbildung in Bayern

München, 22. Mai. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ beschäftigen sich neuerdings mit den großen Schwierigkeiten für die Regierungsbildung in Bayern und bemerken da-

zu, daß die Notwendigkeit eines Staatspräsidenten sich vielleicht schon bei der Regierungsbildung zeigen werde. Kommt eine Regierung nicht zustande, so bleibt nur der Ausweg eines Geschäftsministeriums. Diese Lösung führe aber aus den besonderen bayerischen Schwierigkeiten auch nicht heraus, da ein Geschäftsministerium weder die bayerische Politik vor und nach dem 8. November reinigen noch die Staatsautorität wiederherstellen könne. Andererseits kann das Blatt die Hoffnung nicht teilen, daß die Zusammenfassung des Landtages ein erhebliches anderes und für die Regierungsbildung günstigeres Bild abgeben werde.

München, 22. Mai. Das Bestreben, den Zusammentritt des neugewählten bayerischen Landtages noch im letzten Drittel des Monats Mai zu ermöglichen, ist nicht von Erfolg begleitet gewesen. Infolgedessen ist mit dem Zusammentritt des neuen Landtages in den Tagen des Monats Juni zu rechnen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

Der v. Kahr erklärte in einem Besuch an die bayerische Regierung, er könne nur dann von seinem Posten als Regierungspräsident zurücktreten, wenn er bis zu seinem 65. Lebensjahre das volle Gehalt bekomme. Mit einer Pension von 7000 Mark jährlich könne er nicht auskommen.

in bilden, unter dem allseitigen Vorbehalt, daß diese die ständige Verpflichtung übernehme, seine Regierung zu unterstützen und einem vorher aufgestellten Programm zum Erlöse zu verhelfen. 48 Stunden vor dem Zusammentritt des sozialistischen Kongresses am 1. Juni werde der Führer der radikalen Partei den Sozialisten den Wortlaut des Programms mitteilen, daß er auf alle Fälle durchzuführen entschlossen sei.

Paris, 22. Mai. Nach dem „Matin“ haben die beiden Führer der neuen Mehrheit Herriot und Painlevé in der gestrigen Besprechung im Einverständnis erklärt, eine Regierung, die eine andere Politik als die des völligen Ausgleichs zwischen Einnahmen und Ausgaben betreibt, könnten sie sich nicht vorstellen. Finanzminister Warjal habe demnach während der Tage, die er noch im Amt bleibe, völlig freie Hand. Denn er sei nicht allein vom Präsidenten Millerand und von dem kurzzeit noch im Amt befindlichen Ministerium, sondern auch von der präsumtiven Nachfolgerin ermächtigt worden, die nötigen Maßnahmen zu treffen. — „Devoir“ behauptet, Poincaré und Finanzminister Warjal hätten gewünscht, daß in dem offiziellen Schriftstück die Versicherung enthalten hätte, die Vertreter der alten und der künftigen Regierung hätten ihr völliges Einverständnis über die zu befolgende Finanzpolitik festgestellt. Herriot und Painlevé hätten jedoch abgelehnt, dazu ihre Zustimmung zu geben.

## Ein Ultimatum Krestinskys

Berlin, 22. Mai. (Drahtbericht.) Die Berliner B. Z. berichtet aus London: Der Berliner Sowjetbotschafter Krestinskij hat, wie verlautet, heute ein persönliches Ultimatum an die dritte Internationale in Moskau abgeben lassen, worin er mit seinem Rücktritt droht, falls die dritte Internationale bolschewistisches Propagandamaterial durch die russische Gesandtschaft und Handelsmission in Deutschland wie in den anderen Ländern weiterhin verbreitet. Krestinskij erklärt, er sei zwar der Meinung, daß Deutschland widerrechtlich die Hausung der russischen Handelsvertretung abgehalten habe, doch sei es Deutschlands gutes Recht gewesen, darauf zu bestehen, die Hausung vorzunehmen, ob sich in der Gesandtschaft Propagandamaterial vorfinde.

## Die Lügen der Daily Mail

Berlin, 22. Mai. Ganzsamlich wird mitgeteilt: Die Daily Mail, Londoner und Pariser Ausgabe, haben gestern mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe über angebliche deutsche Rüstungen mit einem sensationell aufgemachten an erster Stelle genannten Bericht eines Sonderberichterstatters begonnen. In diesem ersten Bericht wird durch eine Reihe von Behauptungen derart in Verwirrung gebracht, daß Deutschland nicht seinen Verpflichtungen gemäß abrüstet, sondern sich im Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Diktates verhält. Es handelt sich hier ganz offenbar um Verleumdungen, die von einer an der Militärkontrolle besonders interessierten Stelle veranlaßt werden, um auf die zur Verantwortung stehende Antwortnote auf die deutsche Militärkontrollnote vom 1. April Einfluß auszuüben. Die Behauptungen sind entweder reine Erfindungen oder tendenziöse Entstellungen.

## Ministerrat in Rom

Rom, 22. Mai. Gestern früh wurde unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Mussolini ein Ministerrat abgehalten, in dem Mussolini über die außenpolitische Lage einige Erklärungen abgab. Er kommentierte dabei den Inhalt der herkömmlichen Zusammenkunft, der in diesen Tagen zwischen Italien und der Tschechoslowakei abgeschlossen wurde, und sagte, der Pakt sei ein wichtiger Faktor für den Frieden in Zentraleuropa. Hieraus erstellte er seinen Ministerkollegen Bericht über die Besprechungen in Mailand, die von bedeutender Tragweite seien, da in denselben die Antikontinentalität Italiens und Belgiens in der Reparationsfrage hergestellt wurde. Dann las er seinen Kollegen den Wortlaut der Thronrede vor.

## Zusammenkunft Macdonald — Mussolini?

London, 22. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, in London sei die Ansicht sehr verbreitet, daß eine Zusammenkunft zwischen Macdonald und Mussolini, ähnlich der geplanten Zusammenkunft Macdonalds und dem Nachfolger Poincarés, zu Pfingsten stattfinden wird.

## Die englische Luftflottenreserve

London, 22. Mai. Der Unterstaatssekretär im Luftverleihsministerium Beach brachte gestern im Unterhaus eine Gesetzesvorlage der Regierung über die Schaffung einer englischen Luftflottenreserve ein. Die Vorlage sieht die Schaffung von 6 Stützpunktschwadronen vor, die mit insgesamt 160 Offizieren und 100 Mann besetzt werden sollen. Eine besondere Stütztruppe soll weiterhin aus 7 Schwadronen mit 104 Offizieren und 780 Mann bestehen, die ausschließlich für die Landesverteidigung zur Verfügung stehen. Das Haus stimmte der Vorlage in zweiter Lesung ohne Abstimmung zu.

## Polnisch-Rumänischer Aufmarsch gegen Rußland

London, 22. Mai. Der rumänische Generalstab beschloß gestern, im September in Besarabien große Armeemanöver abzuhalten. Polen, das mit Rumänien ein Defensivbündnis abgeschlossen hat, wird zur gleichen Zeit in Galizien nahe der rumänischen Grenze große Armeemanöver abhalten und man sieht in diesen Zusammenhängen eine Drohung an Rußland.

## Vor einer Niederlage der englischen Regierung?

London, 22. Mai. „Daily News“ schreibt, die allgemeine Ansicht in Westminster sei, daß die Regierung heute bei einer Debatte über die Arbeitslosenpolitik im Unterhaus eine Niederlage erleiden werde, wenn sie nicht einer Abstimmung ausweiche, die etwa 40 bis 50 Liberale, darunter Asquith und Lloyd George heute an der national-liberalen Verbandssitzung in Brighton teilnehmen und eine Anzahl der übrigen Liberalen gegen die Regierung stimmen würde. Die Konservativen hoffen, ihren Antrag auf Verminderung des Gehalts des Arbeitsministers um 100 Pfund Sterling zur Annahme zu bringen.

## Das Einwanderungsgesetz

Paris, 22. Mai. Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington, beabsichtigt Präsident Coolidge, heute das Einwanderungsgesetz, das mit Wirkung vom 1. Juli d. J. die Japaner von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten ausschließt, dem Kongress mit einer Vorklausur zugehen lassen wird, in der eine solche Abänderung der Ausschlußbestimmungen verlangt wird, daß die Japaner darin nichts Beteiligendes erblicken können.

## Riesenbrandkatastrophe in Sibirien

Woskau, 22. Mai. Gewaltige Stürme im entferntesten Sibirien haben heute schon seit Tagen auf Tausende von Quadratkilometern in Flammen. Alles Lebende ist vernichtet. Wie die Waldbrände liegen schon vollkommen verbrannt darüber. Das Feuer hat jetzt die Stadt Stadiwostok erreicht, wo das Militär bemüht ist, die Stadt vor dem Verderben zu schützen.

## Blutige Zusammenstöße im Ruhrgebiet

Welsenkirchen, 22. Mai. Gestern ist es zu blutigen Unruhen gekommen. Auf der nordwestlichen Zeche des Ruhrgebietes auf der Zeche Bräcker in Marl demonstrieren etwa 1000 Frauen, die die Zechenposten zu überempfinden versuchen, um die Notstandsarbeiter aus den Betrieben herauszuholen. Um neun Uhr abends drangen etwa 3000 Bergarbeiter auf den Zechenhof, führten die Zechenwachen und hielten die arbeitswilligen, mit Notstandsarbeiten beschäftigten Leute von ihrer Tätigkeit ab. Der Kampf zwischen den Zechenwachen und den Streikenden verlief zuungunsten der Wachen, worauf schließlich belgisches Militär eingriff und von der Waffe Gebrauch machte. Gegen Mitternacht war die Zeche gesäubert.

ganzer Jammer packt einen an, wenn man sieht, was wir uns in kultureller Hinsicht nur noch leisten können. Herr Büttcher von den Kommunisten blieb seiner Rolle, Parlament des Parlaments zu sein, auch getreu.

Man spricht so gern von dem wirklich hervorragenden Parlament der Vergangenheit, den Verhandlungen in der Frankfurter Paulskirche. Es hat keine Phantasien gegeben, die in dem heutigen Parlamentarismus eine Fortsetzung jener Männerverversammlung in der Paulskirche sehen wollten. Nein, was dort so leuchtend niederging, leuchtet lange noch in unsere Seelen zurück, aber dieser Parlamentarismus hat nicht ein Lichtstrahl davon in seiner Seele aufgefangen. Noch stehen wir stumm vor den Recken jener Geistesriesen, die einst in die Paulskirche eingedrungen sind, und fühlen in der bestemmenden Enge unserer Daseins, welche gewaltigen Entwürfe jene Reden auf die damalige Zeit gemacht haben. Daß jenes Parlament ohnmächtig war, lag an den Umständen der Zeit. Diese Männer von bestem Willen und Wissen waren an dieser Ohnmacht schuldlos. Aber das heutige Parlament hat sich selbst gelöst. Es hat sich das kostbare Gut, das ihm in die Hand gegeben wurde, selber zertrümmert. Wir sehen auch hier nur Trümmer und Ausfällungen und der einzige Trost, der uns bleibt, ist die Hoffnung, daß ein breiterer Frühling das deutsche Volk von allem Asten und Wurzeln reinigen wird, so daß es den Weg zu sich selbst wieder zurückfindet.

## Vorköße gegen den Religionsunterricht

Dresden, 22. Mai. Der Rechtsausschuß des Landtages nahm in seiner Sitzung am 21. Mai den Beschlusseckel über werbefähige Darlehen und Erweiterung der Landeskulturlandbank nach der Regierungsvorlage einstimmig an. Ein Antrag, die Verordnung des früheren Innenministers betreffend das Verbot des Waffenführens der Militärvereine zur Abgabe von Ehrenspalten unzulässig auszuheben, führte wiederum zu einer längeren Aussprache. Von linkssozialistischer Seite wurde die Abgabe von Ehrenspalten als militärische Spielerei bezichtigt. Der Antrag wurde schließlich mit den Stimmen der Linksparteien abgelehnt. Die Regierung erklärte, daß sie von Fall zu Fall die Abgabe von Ehrenspalten bei Begräbnissen ufm. nachlassen werde.

Ein weiterer Antrag der Linkssozialisten, wonach die Regierung durch Verordnung den Religionsunterricht aus den ersten vier Schuljahren ausmerzen solle, wurde mit dem Hinweis auf die glatte Durchführung des gesamten Unterrichts begründet. Volkshilfsminister Dr. Kaiser erklärte, daß nach der Reichsverfassung kein Anlaß vorliege, entgegen der bisherigen Einrichtung die Grundschule völlig vom Religionsunterricht zu entheben. Die bürgerlichen Parteien wandten sich entschieden gegen den Antrag der Linkssozialisten, die den Religionsunterricht für schädlich erklärten. Die Kommunisten beantragten sogar, den Religionsunterricht völlig aus der Schule zu verbannen. Die Abstimmung hierüber wurde abgeseht. Ein weiterer Antrag der Linkssozialisten zielte darauf ab, die jetzt unzulässige Unterrichtsbesetzung an kirchlichen Feiertagen wieder zu beseitigen. Auch hierüber wurde die Abstimmung abgeseht.

## Rückgang der Großhandelsrichtzahl

Die auf den Stichtag des 20. Mai errechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 13. Mai (123,8) einen Rückgang auf 122,2 oder um 1,3 v. H. Von den Hauptgruppen sanken im gleichen Zeitraum die Lebensmittel um 108,5 auf 106,3 oder um 2 v. H., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 91,7 auf 89,7 oder um 2,2 v. H., die Industriehilfsstoffe von 152,4 auf 152,0 oder um 0,3 v. H. (davon unberührt nur die Gruppen Textil-, Holz- und Holzstoffe mit 211,4 sowie Kohle und Eisen mit 145,2). Die Industriewaren gingen von 112,8 auf 111,7 oder um 1 v. H. und die Einfuhrwaren von 178,9 auf 176,0 oder um 2,2 v. H. zurück.

## Die Berliner Vorbereitungen

Berlin, 22. Mai. In New York erprobte sich ein Reichsmarkkurs von 23% bis 23%, was einer Durchschnittsparität von 4,26 entspricht, in London ein solcher von 18% gegen 18% am Vorlage für ein Pfund. In Amsterdam konnte die Mark etwas anziehen, während sie in Stockholm von 0,90 auf 0,89 nachgab. Etwas rückgängig war das englische Pfund, das in New York von 4,38 auf 4,36 nachgab. Auch in Stockholm und in Amsterdam war die Tendenz rückgängig, während in Zürich eine kleinere Befestigung zu verzeichnen war. Der französische Franc konnte eine leichte Befestigung an den meisten Plätzen aufweisen. In London lag er von 82,45 auf 82,75 am Vorlage und in New York von 5,39 auf 5,43. Rückgängig war die Tendenz noch in Amsterdam und Stockholm sowie in Zürich. Soweit sich jetzt übersehen läßt blieb die festere Tendenz, die besonders in den gestrigen Nachmittagsstunden sich fühlbar machte, auch in den heutigen Morgenstunden erhalten. Das Ausland ist noch immer am Markte vertreten. Im übrigen hat auch in den Kreisen der Spekulation eine etwas optimistischere Beurteilung der innerpolitischen Lage Oberhand gewonnen.

Berliner Börse		Wien	
Wienwähr in Billionen	22,5	22,5	21,5
Frankfurter	27,2	27,2	25,5
Frankfurter	14,5	14,5	11,25
Frankfurter	3,75	3,75	3,30
Dynamit Aktien	5,25	5,25	5,5
Th. Waldschmidt	10,75	10,75	10,25
Th. Waldschmidt	12	12	11
Th. Waldschmidt	43	43	41,5
Th. Waldschmidt	11,5	11,5	1,5
Th. Waldschmidt	1,70	1,70	1,5
Th. Waldschmidt	1,5	1,5	1,5
Th. Waldschmidt	3,40	3,40	3,75
Th. Waldschmidt	14,75	14,75	14,5
Th. Waldschmidt	27	27	21
Th. Waldschmidt	0,75	0,75	0,5
Th. Waldschmidt	2,50	2,50	2,70
Th. Waldschmidt	3,80	3,80	3,80
Th. Waldschmidt	11,75	11,75	11,75
Th. Waldschmidt	0,975	0,975	0,975
Th. Waldschmidt	1,75	1,75	1,75
Th. Waldschmidt	1,75	1,75	1,75
Th. Waldschmidt	1,75	1,75	1,75
Th. Waldschmidt	4,4	4,4	4,125
Th. Waldschmidt	37,25	37,25	37,25
Th. Waldschmidt	92,5	92,5	92,5
Th. Waldschmidt	7,875	7,875	7,875
Th. Waldschmidt	20,425	20,425	21,25

Wienwähr in Billionen